

**Dr. Konrad Hummel**

**Rede anlässlich der Veranstaltung des Kölner Netzwerks Bürgerengagement am 12. Mai 2009 im Historischen Rathaus zu Köln**

**„Kölner Netzwerk Bürgerengagement – eine Investition in die Zukunft!“**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für Einladung und Vorstellung!

Ich weiß, dass diese Einladung eine ungewöhnliche ist und eine große Chance darstellt, dass ein Außenstehender die Kölner Thesen liest. Das habe ich gemacht. Die Thesen der Arbeitsgruppen des Kölner Netzwerks Bürgerengagement wurden mir zugestellt und ich habe sie mit Neugierde verfolgt, nicht weil sie besonders lang wären sondern weil sie in ihrer Prägnanz interessant sind. Von daher bekommen Sie von mir jetzt nicht einen Standardvortrag nach dem Motto "in 20 Minuten durch die Welt des Bürgerengagements". Es soll eher eine Art Eindenken sein in das was Sie dabei bewegt hat, diese Thesen zu formulieren, ein Mitdenken –hoffentlich nicht falsch- das ich Ihnen auf den Weg mitgeben könnte, was vielleicht gut für Köln wäre. Dass Sie dies in der ARD-Themenwoche 2009 machen zum Thema Ehrenamt, ist taktisch gut. Aber ich finde noch wichtiger, dass Sie so eine Veranstaltungsform nutzen, um kurz inne zu halten in der zeitlichen Disziplin eines solchen Abends um zu fragen „Wo stehen wir gerade beim Engagement in Köln?“

1) Zuerst zu den Errungenschaften der Bürgergesellschaft

Die letzten fünf bis etwa zehn Jahre haben Deutschland im Bürgerengagement einen großen Schritt weitergebracht - unübersehbar. Ich nenne nur drei Stichworte: die Wahlfreiheit, die Freiwilligkeit und die Ansprüche, um nicht zu sagen fast Rechtsansprüche in Bezug auf das Engagement. Das heißt aber auch, wenn Sie jetzt vielleicht als Vereinsvorsitzender oder -mitglied hier sind, wissen Sie wie

zwiespältig diese Errungenschaften sind: Je mehr Menschen sich völlig frei entscheiden für ein neues Engagement zum Beispiel im Ruhestand, da sagt ein Sportvereinsvorsitzender „Dann geht der mir verloren, dann macht er ja etwas anderes.“ Ein Gewerkschaftsorganisierter Mensch würde sagen „Der entdeckt den Briefmarkenclub völlig neu!“ Vielleicht ist man bei der katholischen Kirchengemeinde irritiert weil der Freiwillige bei der evangelischen Kirchengemeinde beim Sommerfest hilft.

Es findet „grenzüberschreitendes“ Ehrenamt statt in größerem Umfang denn je und auf Kosten der traditionellen Institutionen. Es heißt die Wege sind offener geworden, es findet wirklich Wahlfreiheit statt und zwar auf eine freiwillige Art, die es auch den städtischen Institutionen so schwer macht, das Engagement zu verplanen. Man hätte das Engagement gern an einer bestimmten Stelle, doch es äußert sich woanders. Manchmal ist Bürgerengagement wie eine Sendeantenne auf Probleme. Politik kommt drei Jahre später dort an, wo das Engagement schon ist. Manchmal ist es auch umgekehrt, dann wären wir froh das Engagement wäre schon dort wo die gesellschaftlichen Probleme sind.

Ein Beispiel hierfür ist der prägnante Satz Ihrer Arbeitsgruppe *Schule und Bürgerengagement* „Die Schultore öffnen sich langsam für neue Impulse.“ Dies ist ein tragischer Satz, denn eigentlich müssten die Schultore sich schon immer geöffnet haben. Eigentlich müssten wir offene Schulen haben. Wir müssten einen Hilfeschrei der Lehrer haben, nicht nur der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln, sondern aller Schulen in Deutschland unabhängig von dramatischen Terroranschlägen. „Helft uns die Bildung der jungen Menschen besser hinzubekommen! Verhindert mit uns, dass in diesem Land tatsächlich das Risiko keinen Schulabschluss zu haben ausgerechnet bei den Migranten dreimal so hoch ist wie bei anderen in unserer Gesellschaft.“ Langfristig ist dies eine Katastrophe. Übrigens nicht nur moralisch sondern auch volkswirtschaftlich eine Katastrophe! Die Schulen dürfen um Hilfe rufen! Warum tun sie es nicht? Die Engagierten wollen etwas tun, aber es ist schwierig an dieser Reibungsstelle. Weil eine völlig andere Welt der Kultusbürokratie mit gestressten Lehrern, die ihre Curricula durchbringen müssen gegen Engagierte stehen, die sagen „Machen wir doch mal `ne flotte Leseparty in der Schule!“ oder „Wir mischen uns ein in das Schulgeschehen!“ und die Antwort der Schule ist dann „Seid Ihr versichert?“

Wahlfreiheit ist eine große Chance und Freiwilligkeit eine noch größere, die auch staatsunabhängiger macht. Wir können uns damit endgültig lösen, hoffentlich auch von traditionellen Definitionen des Ehrenamtes von 1808, wonach die Ehre und das Amt vorrangig an Männer verliehen wurde. Es ist gut sich davon zu lösen und fast sogar zu sagen, jeder hat einen Anspruch auf Engagement. Engagierte Freiwilligenzentralen sagen hinter vorgehaltener Hand, wenn nicht ein Drittel der Kölner engagiert wäre sondern die Hälfte, wir wüssten gar nicht was wir anbieten sollten. Es wäre gut darüber mal zu Ende zu denken.

Es geht nicht darum anzubieten. Das Anbieten ist ein Nebeneffekt, es geht darum aufzufordern für sich selber Verantwortung zu übernehmen: in der eigenen Nachbarschaft, in den eigenen Lebensverhältnissen oder bei Migrantenselbsthilfeorganisationen. Verantwortung zu übernehmen für die Chancen der Migrantengruppen oder Communities. In sofern finde ich auch gut wenn die andere Netzwerk-Arbeitsgruppe *Bürgerengagement und Migration* sagt „Die Selbstorganisation der Migranten wollen wir stärken!“ Dies ist ein neues Credo in Deutschland. Dies wäre vor zehn Jahren schon gut gewesen. Vor zehn Jahren sprachen wir noch über die Integration des einzelnen Migranten in die deutsche Gesellschaft. Endlich haben wir entdeckt, dass es viel besser, viel wirksamer und viel demokratischer ist wenn die Migranten mit ihren eigenen griechischen, türkischen, spanischen Gruppen, mit Landsmannschaften der Aussiedler etwas bewegen. Übrigens auch deshalb, weil dieses Tun Eigenverantwortung bedeutet. Aber das können wir erst öffentlich diskutieren, wenn wir mit ihnen reden und nicht über sie. Also: es ist gut, dass wir in der Arbeits- und Wohnmigration bei den Migrantenselbsthilfeorganisationen ankommen.

Trotzdem: all diese Freiheiten der letzten zehn Jahre sind ein Zuwachs an Bürgerengagement in diesem Land und in Europa generell. Das Bürgerengagement ist dahingehend zu überprüfen, ob es den Herausforderungen der Stadtgesellschaft auch gerecht wird. Nehmen wir das Beispiel der Tafelprojekte, hoch gelobt, Tafelprojekte gegen Armut – für Menschen, die kein warmes Essen haben. Manche, die direkt wechseln aus dem Betriebsgeschehen in das Ehrenamtsgeschehen, haben Wachstumsziele wertschätzen gelernt, die

die Industrie immer noch als Erfolg präsentiert, eben nach dem Motto mehr Autos verkaufen gleich mehr Erfolg. Also folglich: mehr Tafelprojekte sind ein Erfolg. Sozialpolitisch aber gilt, mehr Tafelprojekte sind eine Katastrophe, weil dies mehr Armut bedeutet. Dazu muss man über die Qualitäten reden. Wir brauchen Tafelprojekte-Engagement. Aber wir müssen es auch bremsen an der richtigen Stelle. Wir müssen sagen: Wenn die Anzahl der Tafeln wächst, dann müssen wir bei den Ursachen mehr tun und nicht nur bei den Symptomen. Wir können auch nicht nur mehr Lesepaten in Schulen schicken, wenn deren normaler Deutschunterricht vielleicht gegen Null geht. Es darf nicht sein, dass Ehrenamt eine Lücke füllt. Ich rede nicht von Geld, ich rede von den Qualitäten. Ich rede davon, dass wir an der Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhalts messen müssen, was etwas nutzt. Sportvereine klagen über Nachwuchssorgen. Die freiwillige Feuerwehr klagt über fehlenden Nachwuchs. Aber: Die Sportvereine spüren und wissen, dass heute dreimal so viele Vereine da sind wie vor zwanzig Jahren. Nicht deren Quantität ist das Problem sondern es sind die Folgen für kleine Vereine. Kleinere Sportvereine haben die Integrationsfähigkeit oft gar nicht. Sie sind hochspezialisiert auf Roller-Skates, Surfboarden und andere neue Sporttechniken aber nicht auf Integration von bestimmten Gruppen und Menschen in den Sport..... Also: Ehrenamt muss über Qualität der Gesellschaft reden. Es ist gut, wenn Sie solche Foren wie das heutige organisieren.

## 2) Die Herausforderungen des Engagements angesichts der Städte

Daher will ich die Herausforderungen der Stadtgesellschaft kurz beschreiben, um Qualitäten daran messen zu können. Migration als Zuwanderung, Demografie und Segregation. Deutscher gesagt: die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen, der Alterungsprozess in der Gesellschaft, der vor allem auch die Anzahl junger Menschen betrifft, und die Segregation als die Entmischung zwischen immer reicher und immer ärmer - beides gibt es. Das sind die Herausforderungen, die still unsere Stadtgesellschaft massiv verändern. Unumkehrbar, die Trends haben sich in den letzten zehn Jahren de facto nicht geändert. Wall Street-Krise und Lehman Brothers hin oder her! Darauf haben wir zu reagieren, wir müssen Lösungen finden. Jetzt kommt aber der entscheidende Satz: NEUE Lösungen. Warum? Keine Politik, egal ob von der CDU oder SPD oder sonst jemand, kann diese drei Probleme allein durch staatliche Maßnahmen lösen. Egal mit wie viel Geld. Sie können Schutzschirme aufbauen, Pakete packen etc.

Die friedliche Integration, dass man etwas von einander will, auf einander eingehen können Sie durch kein Gesetz anweisen. Es muss gelebt werden. Sie können den Alterungsprozess und das intergenerative Verhältnis nicht ändern indem Sie 27 Seniorenclubs gründen mit 24 Sozialarbeitern, das ändert am gelebten Generationsverhältnis gar nichts. Sie können hinsichtlich der Segregation staatliche Stützungsprogramme machen. Doch die Toleranz und auch der Druck der hinter den Nöten steckt um dann vielleicht selbst heraus zu kommen aus Armut kann kein staatliches Programm allein gewährleisten. Mit anderen Worten: die drei zentralen Herausforderungen gehen nur mit der Bürgerschaft und nicht ohne sie.

Das haben viele Ämter noch nicht begriffen. Das ist kein Vorwurf. Ich selber habe in Ministerien und Ämtern gearbeitet. Aber Ämter glauben, sie müssen zum Beispiel das Sozialgesetzbuch II ausführen. Oder auch Wohlfahrtsverbände, sie müssen Planstellen zur Schuldnerberatung anbieten. Warum stellen nicht alle Wohlfahrtsverbände –dies wage ich auch in Caritas-Köln zu sagen- ihren Dienst einmal ein und sagen, ab morgen wird Schuldenberatung nur noch mit engagierten Bürgern gemacht, die früher auch in Kölner Sparkassen gearbeitet haben. Wir bilden sie aus, wir setzen sie ein, wir werden ihnen die beste Ausbildung zu teil werden lassen. Aber wir machen keine Planstellen für Schuldnerberatung, sondern wir koordinieren mit unseren Planstellen(!) die Freiwilligen in der Stadt Köln, die Ahnung haben vom Kreditwesen und anderen Diensten und bringen diesen Prozess mit den staatlichen Dienststellen produktiv zusammen.

Der Wandel der Stadtgesellschaft ist etwas das gelebt werden muss und zwar nicht nur als Beteiligung der Stadtplaner. Politiker werden etwas genervt in einer Bürgerversammlung sitzen und sagen „Jetzt kommen wieder die, die die Kanaldeckel- und Durchfahrtsprobleme ansprechen!“ Wo sitzen eigentlich die Stillen im Stadtteil, die Alltagsnöte haben aber nicht unbedingt auf die klassische Bürgerversammlung kommen? Wir müssen sie erreichen, weil Demokratie seit 20 Jahren in einem Vertrauensschwund ist. Schauen Sie die Wahlbeteiligung in Deutschland an, sie ist katastrophal, sie sinkt unter 50 %. In Kommunen werden Stadträte und Bürgermeister gewählt mit weniger als 50 %. Das geht nur indem wir neue Formen der Teilhabe ausdenken, ausprobieren und muti-

ger werden auf diesem Gebiet. Der Städtetag sagt „Ach, du große Güte, redet doch nicht immer von Bürgerinitiativen. Einer muss doch am Ende das Sagen haben.“ Das finde ich verkürzt, wir müssen mutiger werden bei der Demokratie. Ich meine nicht die formalisierten Bürgerbegehren. Ich meine nicht die Unterschriftenliste bestimmter Gruppen, die ein bestimmtes Minderheitsanliegen zu einem aufwändigen Abstimmungsverfahren machen. Sondern ich spreche von vielfältigen kleinen Formen wo Vereine, Initiativen, Stadtteile und Quartiere kontinuierlich an ihren eigenen Angelegenheiten beteiligt werden. Daher komme ich bei Ihren Arbeitsgruppen auf eine weitere Überlegung. Es ist sehr gut wenn eine Stadt wie Köln mit dieser reichen Tradition und Größe und wichtigen regionalen Funktionen sich dieses Themas nicht nur pädagogisch annimmt. Es geht nicht nur um Methoden, Ideen und Projektgeld. Es geht in der Verwaltung einer Großstadt immer auch um Macht- und Strukturfragen. Bürgerengagement wird langfristig nur ernstgenommen wenn auch in den Entscheidungs- und Planungsprozessen dies verankert und Gemeinschaftsprojekte angedacht sind. Im Unterschied zu Planungsstäben und Gutachtensgeldern, Ämtern und Ratsdebatten kämpfen die wenigen Beseelten für Engagementkoordination in Verwaltungen um das Überleben, sie sind befristet. Und nicht alle Dezernate machen mit. Ich finde es gut, wenn alle Dezernate einer Großstadt –Umwelt, Kultur, Wirtschaftsförderung etc. -das ist eine Frage des Unternehmensengagements in der Stadt- mitmachen, das ist ihr jeweiliger Beitrag für eine aktive Bürgerschaft. Er muss nicht groß sein. Entscheidend ist, dass alle beteiligt sind. Es ist ein Geleitzug.

### 3) Von der Beteiligung zur Koproduktion

Ich meine, dass es nicht mehr darum gehen kann eine weitere „klassische“ Bürgerbeteiligungsrunde einzuschleiben und nicht darum gehen kann, dem Bürger noch bessere Wunscherfüllung in der Dienstleistungsstadt zu bieten: Wie hättet ihr es denn gerne...Verwaltung führt aus.

Es ist wichtig, dass man in einer Stadt das aufgreift, was Bürger selber empfinden. Es geht darum aufzugreifen, was viele bewegt, zu konfrontieren mit dem was alle bewegen könnte und müsste und zu fragen, was dies für die „Agenda“ bedeutet. Was ist uns wichtig,

wie viel davon können wir lösen? Wer müsste alles mitmachen sowohl auf der Verursachungs- als auch auf der Lösungsseite. Nicht so sehr „Anrennen“ gegen die Institutionen all zu oft nach dem Motto, wir engagieren uns, weil die Gesetze so schlecht oder die Schulen zu verschlossen sind. Vielmehr thematisieren wozu wir etwas tun wollen: Damit es Kinder besser haben, sie mehr lernen, alle – auch die Lehrer – sich mehr angenommen fühlen, wollen wir.....also offensiv statt defensiv.

Wie schaffen wir Lernlandschaften? Was glauben Sie wo die meisten Schüler heute lernen: am Computer, im Sport, im friedlichen Umgang miteinander oder im Umgang mit Soap-Operas im Fernsehen - nicht in der Schule! Aber das alles sind Lernlandschaften, es ist wichtig was dort passiert. Es ist wichtig was bei der Entwicklung der deutschen Ganztagschule passiert. Was dann mit den Sportvereinen passieren wird. Was am Nachmittag passiert. Ob man das Essen geliefert bekommt, oder ob man es selber kocht. Mit anderen Worten: lassen Sie uns die Landschaften gestalten und es gibt unendlich viele hochspannende Tätigkeiten für Profis, für Freiwillige, für Experten, für Betroffene, für Eltern. Und das nicht vermischen, alle haben ihre Rollen in diesem Konzert. Lernlandschaften können eine Vision sein, wie wir aus der deutschen Bildungsmisere endlich herauskommen aus der Debatte der Landeszuständigkeit oder kommunalen Zuständigkeit. Ist es Privatschule à la Montessori oder Waldorf? Oder ist es irgendetwas anderes wo wir nicht genau wissen, wer hier jetzt den Hut auf hat? Nur eines ist klar: die Schwächsten bleiben im Quartier zurück. Also lassen Sie uns daher an Visionen von Gesellschaft arbeiten, wie wollen wir Köln haben in 10 Jahren? Wie wollen wir es zwischen Alt und Jung haben? Was müsste dann daraufhin geschehen? Wie wollen wir Köln haben in Bezug auf Sport und Integration, weil Sport unendlich wichtig bleibt? Es bleibt wichtig, wie wir mit Migranten umgehen, weil wir immer neue bekommen werden, allein auf Grund des Tatbestandes der unterschiedlichen weltpolitischen Entwicklungen aber auch derer der mehr und der weniger Kinder hat.

Ihre Arbeitsgruppen haben mit ihren wenigen markanten Sätzen deutlich gemacht, dass sie etwas tun wollen. Machen Sie es nicht nur sondern diskutieren Sie auch darüber ob es immer richtig ist, mehr vom Gleichen zu tun. Manchmal ist es besser weniger vom Gleichen aber mehr gemeinsam das Richtige zu tun – an einer Vision für Köln zu arbeiten, dem Stadtrat Aufgaben mitzugeben. Bürgeren-

gagement in der kommunalen Bürgergesellschaft ist nicht Teilhabe an der Verwaltung sondern Teilhabe am Gemeinwesen durch Ko-  
produktion von Verwaltung, Politik, Bürgerschaft- und den Unternehmen, die wir dort noch stärker sehen wollen.

In Holland gibt es inzwischen einige Experimente wie Bürgerpolitik anders -früher aufgezogen wird indem Bürger die Agenda stärker bestimmen- also nicht am Ende eingebaut werden. Die Antwort der Stadtverwaltung in Appeldorn oder anderswo heißt nicht: „Wir lösen das so, das kostet zu viel!“, sondern: „Wir könnten es so machen, vermutlich kostet es dann so viel, sie könnten sich auch daran beteiligen wenn die Unternehmen noch Folgendes dazu tun, Know-How oder Mittel beisteuern. Dann könnte es folgende Lösung geben.“

Das gilt nicht nur in Stadtentwicklungsfragen sondern m.E. auch in der Gesellschaftsentwicklung überhaupt, nehmen sie ein alltagsrelevantes Beispiel wie die Demenz und die im Alter damit verbundenen Pflegeprobleme. Einerseits kann es jetzt darum gehen, dass alles gesetzt ist: Diagnose, Rolle der Ärzte, Sozialstationen, Angehörige, Wohnungsbau, nachbarschaftliche Toleranz. Andererseits kann es darum gehen, dass die Betroffenen stärker zu Steuerenden werden: Die Angehörigen arrangieren alle diese Dinge um sich herum, Freiwillige können Brückenköpfe spielen, Erläuterungen vornehmen, um Vertrauen werben bei Gemüsehändler und kommunalem Wohnungsunternehmen (Demenzpaten) und sogar zu anderen Strukturlösungen kommen etwa des barrierefreien, verkehrsberuhigten Wohnens mit speziellen Gartenanlagen. Das ist mehr als Helfen. Das ist Kooperation. Freiwilligkeit wird manchmal etwas begrenzt, wird verpflichtender und viel effizienter. Mancher der sich engagiert tut es ja nicht, weil er gerade Langeweile hat, sondern weil er natürlich auch etwas für sich selber tut.

Ich wollte Ihnen Mut mache, dass diese originelle Prägnanz Ihrer Arbeitsgruppen hilfreich ist um zu sagen, in der Richtung sind einige gegangen und in diese Richtung sind einige gegangen, haben über Widerstände und Schwierigkeiten erzählt, das gehört dazu bei einem engagierten Vorgehen in einer Gesellschaft. Lassen Sie uns zusammen aber über eine Vision nachdenken wie Köln eine gute

Stadt wird und nicht eine harmlose, friedliche...sondern eine gute Stadt wird, in der alle Ihren Teil beitragen können. Denn wenn alle auf Ihre Weise ihren Beitrag leisten können, egal ob es Stadtteilmütter sind bei den Migrantenkindern, Sponsoren oder Unternehmen, die mitwirken an einer bestimmten Problemlösung, wenn alle ihren Platz gefunden haben in dem Geleitzug der Stadt Köln dann ist es eine bürgerorientierte Stadt. Viel Erfolg dabei!